



7. die kommunalen Entscheider in Wirtschaft, Politik und Nichtregierungsorganisationen Schwerpunkte und verbindliche Klimaschutzziele für 2020 setzen (orientiert an dem 40 Prozent-Ziel der Bundesregierung) und bis 2050 eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 95 Prozent im Vergleich zu 1990 erreichen;

8. sich die deutschen Kommunen bis 2010 auf eine einheitliche Erfassung ihrer Treibhausgasemissionen verständigen und mindestens 90 Prozent der Städte bis 2015 Klimabilanzen als Grundlage für zielorientiertes Handeln und als wesentlichen Bestandteil kommunaler Nachhaltigkeitsstrategien vorlegen;

9. bis zum Jahr 2015 mindestens 50 deutsche Städte Klimapartnerschaften für eine nachhaltige Entwicklung im Rahmen von langfristigen kommunalen Partnerschaften pflegen;

10. Bund, Länder und Kommunen sich an der Finanzierung dieser Partnerschaften und der entwicklungspolitischen (Bildungs-) Arbeit beteiligen.

Die Teilnehmer/-innen verpflichten sich, ihre eigenen Beiträge zur Erreichung dieser Ziele auf den nächsten beiden Bundeskonferenzen (voraussichtlich 2012 und 2015) zu überprüfen.



11. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen

18.-20. Juni 2009, München, Altes Rathaus

ERKLÄRUNG



Landeshauptstadt München



Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



Klimawandel findet statt

Der Klimawandel ist schon jetzt Realität und er trifft Menschen in Schwellen- und Entwicklungsländern härter, als Menschen in Industrieländern. Kommunen sind durch ihre Treibhausgasemissionen Verursacher aber auch Leidtragende des Klimawandels. Aus Kommunen kommen aber auch entscheidende Impulse für ein erfolgreiches Umschwenken hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft.



Das Handeln bleibt jedoch weltweit hinter den Erkenntnissen über die Dringlichkeit umfassenderer Änderungen unserer Produktions- und Lebensstile weit zurück. Die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise darf keine Ausrede für weiteres Abwarten sein. Sie bietet im Gegenteil die Chance, zukunftsfähige Technologien zu fördern.



Um einen unbeherrschbaren Klimawandel zu verhindern, ist das Minimalziel, den globalen Temperaturanstieg auf deutlich unter 2°C gegenüber der vorindustriellen Zeit zu begrenzen. Im globalen Durchschnitt müssten die CO₂-Emissionen dazu auf unter zwei Tonnen pro Kopf sinken. In Deutschland liegen sie derzeit bei ca. zehn Tonnen/Einwohner. Wird dieses Ziel verfehlt, müssen wir mit noch dramatischeren ökologischen und ökonomischen Schäden und sozialen Verwerfungen rechnen.

Unser politisches, soziales und ökonomisches Ziel muss dem gegenüber sein, sofort alle erdenklichen Anstrengungen zu unternehmen, den Wendepunkt bei den globalen Emissionen in den Jahren 2013–17 zu erreichen. Denn eine nachhaltige Entwicklung kann nicht ohne Klimaschutz und Anpassung an den schon stattfindenden Klimawandel erreicht werden. Und Klimaschutz ohne Beachtung der globalen Entwicklungszusammenhänge führt nicht zu Klimagerechtigkeit.



Kommunen in Industrieländern haben das Know-how, die technischen und finanziellen Kapazitäten und die moralische Verpflichtung, jetzt schon deutliche Schritte hin zu massiven Emissionsreduktionen zu unternehmen. In Übereinstimmung mit der Erklärung der Klimakonferenz der Kommunen in Kopenhagen vom Juni 2009 fordern die Konferenzteilnehmer/-innen, die Entwicklung und Umsetzung kommunaler Klimapolitiken in die Agenda der United Nations Framework Convention on Climate Change einzubeziehen.

Für den Schwerpunkt Klima in der Entwicklungspolitik erarbeiteten die Teilnehmer/-innen die folgenden gemeinsamen Ziele und Handlungsempfehlungen »



Wir setzen uns dafür ein, dass

- 1. die Bürger/-innen verstärkt Zugang zu Klimawandelwissen und Klimaschutzkompetenzen** erhalten, um den Zusammenhang zwischen Klima und Entwicklung zu verstehen und daraus Motivation zum Handeln und für einen nachhaltigen Lebensstil zu ziehen;
- 2. die kommunalen Akteure ihrer Verantwortung für eine global nachhaltige Entwicklung** durch weitreichende Maßnahmen zum Klimaschutz in den deutschen Kommunen gerecht werden, damit sie auch international glaubwürdig handeln können;
- 3. die Handlungsfähigkeit der Kommunen zum Klimaschutz – in Deutschland und weltweit –** im Sinne von Dezentralisierung und Demokratie erhalten bzw. gestärkt wird, statt sie durch Liberalisierungstendenzen im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge zu beschneiden;
- 4. die deutschen Kommunen kraftvolle und vernehmbare Akteure in der Entwicklungspolitik** sind, damit sie ihre Kompetenzen und besonders ihre Expertise in der Daseinsvorsorge auch in die internationale Zusammenarbeit zur Bewältigung des Klimawandels einbringen können;
- 5. sich diese Akteure hier und mit ihren Partnerkommunen auf Augenhöhe** mit dem Klimawandel und der Entwicklung befassen, Wissensnetzwerke bilden, gemeinsame Strategien zum Klimawandel entwickeln und die Umsetzung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen gemeinsam vorantreiben;
- 6. Bürger/-innen, Nichtregierungsorganisationen, Politik, Verwaltung und Wirtschaft** arbeitsteilig ihre Klimaschutzkompetenzen und ihr Klimawandelwissen optimal einsetzen, sowohl in als auch zwischen den deutschen Kommunen und in den Entwicklungspartnerschaften, und dafür passende Strukturen für den Austausch schaffen und festigen;

